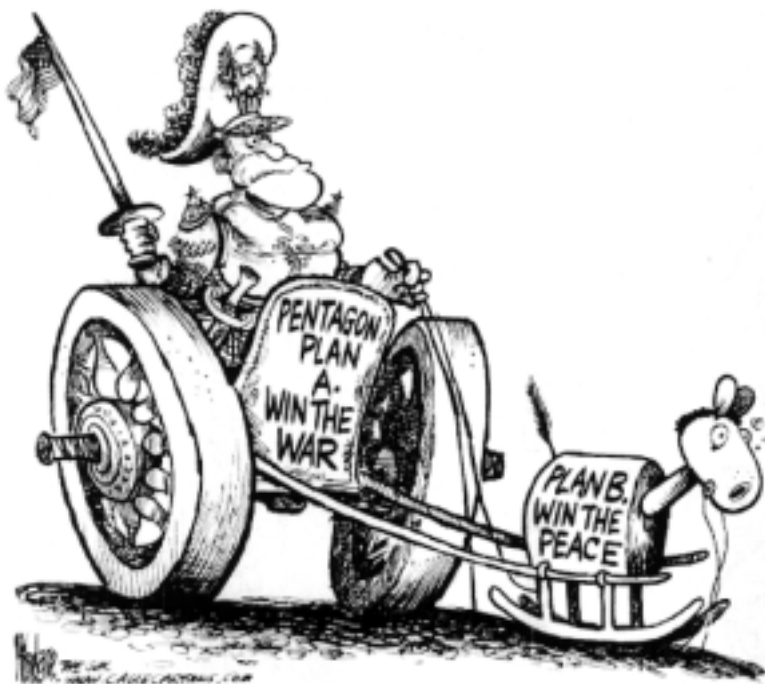




# TAUWETTER

... eine franziskanische Zeitschrift



## PAX AMERICANA

## **IMPRESSUM**

### **Redaktion Tauwetter**

Peter Amendt ofm, Stefan Federbusch ofm, Markus Fuhrmann ofm,  
Jürgen Neitzert ofm, Markus Offner, Alexa Weissmüller of,  
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Jürgen Neitzert ofm, Köln

### **Sie erreichen uns**

Redaktion Tauwetter  
Immermannstr. 20  
Postfach 24 01 39  
40090 Düsseldorf  
Redtauwetter@aol.com  
www.tauwetter-online.de

### **Dankeschön**

**Tauwetter** finanziert sich ausschließlich aus Spenden.  
Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich bei allen bedanken,  
die mit ihrem Beitrag diese franziskanische Zeitschrift mit  
dem Schwerpunkt „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der  
Schöpfung“ unterstützen.

### **Redaktion Tauwetter**

Stadtsparkasse Düsseldorf (BLZ 300 501 10)  
Konto 10 130 896

# Editorial

In einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine anlässlich des Besuches des amerikanischen Präsidenten George W. Bush in Mainz hat sich der Trierer Bischof Reinhard Marx mit kritischen und offenen Worten wie folgt geäußert:

„Wie kaum ein anderes Staatsoberhaupt will der amerikanische Präsident das Gute in die Welt bringen. Und wie kaum zuvor wurde dieser Anspruch in der jüngsten Zeit durch die reale Politik der Amerikaner irritiert: Irak-Krieg, Guantanamo Bay, die Reden von der ‚Achse des Bösen‘ und den ‚Vorposten der Tyrannei‘, die Hinweise auf einen möglichen militärischen Einsatz gegen den Iran. Die derzeitige amerikanische Außenpolitik geht im Marschschritt durch die Welt, mit einem erstaunlichen Mangel an kultureller Sensibilität und einer zum Teil abenteuerlichen Interpretation des Völkerrechts. Man fragt sich, wo sich die bessere Welt denn nun abzeichnet.“

Grundsätzlich, so Marx, der in der Bischofskonferenz besonders für soziale und friedensethische Fragen zuständig ist, seien ihm die Visionen und Ideale und auch das religiöse Bekenntnis des amerikanischen Präsidenten sympathisch. „Wir dürfen und sollen Gott öffentlich ins Spiel bringen.“ Aber Gott sei kein Instrument in unserer Hand. Wer ein

hohes Gut wie die Menschenrechte erstrebe und durchsetzen wolle, sei auf dem Weg dorthin an die inneren Regeln gebunden. Das bedeutet: Es reicht noch nicht, von der eigenen Idee überzeugt zu sein und sie daher anderen aufzuzwingen. Vielmehr muss eine Idee, um universale Gültigkeit zu erlangen, auch von den Adressaten für gut befunden werden. „Ich wünsche mir eine amerikanische Politik, die entschieden ist, aber bescheiden daherkommt - die den anderen ein echtes Mitspracherecht bei der Bestimmung der besseren Welt und der neuen Freiheit einräumt. Nötig wäre eine Politik, die ein Gespür dafür hat, wie selten es gelingt, mit dem Instrument des Krieges Recht zu schaffen.“

Die Beiträge dieses Tauwetterheftes untersuchen das Selbstverständnis der amerikanischen Politik und den Einfluss der Religion auf das politische Handeln. Sie beleuchten die Gründe für den Irakkrieg und den Krieg nach dem Krieg. Des Weiteren geht es um das Verhältnis der USA zu den Menschenrechten sowie die neue Militärstrategie. Insgesamt eine kritische Infragestellung der „Pax Americana“, der amerikanischen „Friedens“-Strategie.

Allen Leserinnen und Lesern wünschen wir eine gute Osterzeit.

Ihre TAUWETTER-REDAKTION

# Inhalt

DIE USA NACH DEM 11.9.2001 <i>Sr. ROSEMARY LYNCH OSF</i>	6
IN GOD WE TRUST – DIE BEDEUTUNG DER RELIGION FÜR DAS POLITISCHE HANDELN DER USA <i>BR. STEFAN FEDERBUSCH OFM</i>	11
PRPPAGANDA STATT/ALS POLITIK – DIE WAHREN GRÜNDE DES IRAK KRIEGS <i>BR. STEFAN FEDERBUSCH OFM</i>	16
DER KRIEG NACH DEM KRIEG <i>BR. STEFAN FEDERBUSCH OFM</i>	20
DER FOTERSKANDAL VON ABU GHRAIB - DIE USA UND DIE MENSCHENRECHTE <i>BR. STEFAN FEDERBUSCH OFM</i>	31
PRÄVENTIVSCHLÄGE – DIE NEUE STRATEGIE DER USA <i>BR. STEFAN FEDERBUSCH OFM</i>	39
DOKUMENTATION – BREMER SOLIDARITÄTSPREIS <i>STEFAN HERBST</i>	45

# **DIE USA NACH DEM 11. 9. 2001 – ZUM SELBSTVERSTÄNDNIS EINER WELTMACHT**

*Sr. Rosemary Lynch OSF*

Die Bezeichnung des Krieges als eines ehrenwerten Unternehmens ist tief in der amerikanischen Psyche verankert. Die Nation wurde geboren, als frühe Siedler sich gegen ihr Mutterland – England – erhoben und am 4. Juli 1776 ihre Unabhängigkeit erklärten. Ihre quasi-religiöse Motivation (und Rechtfertigung) wurde durch die nachfolgenden Konflikte weitergeführt, welche die frühe Geschichte kennzeichnen: der Krieg gegen Frankreich und Indien, der Krieg von 1812, der tragische Bürgerkrieg, der Nord und Süden teilte und ein Erbe der Diskriminierung und des Rassismus hinterließ, das noch nicht gänzlich überwunden ist. Diese frühen Vorgänge bildeten den Ausgangspunkt für eine Reihe nationaler Mythen, die sich auf die eine oder andere Weise selbst bis heute durchgehalten haben. Wo sind die Wurzeln für diese Neigung zur Gewalt und zu dieser katastrophalen Selbsttäuschung?

## **MYTHOS I: GEFÜHL DER ÜBERLEGENHEIT**

Es ist traurig festzustellen, aber die Vereinigten Staaten haben es nie gelernt, zu anderen Nationen eine andere Beziehung aufzubauen als die aus der Position der Beherrschung heraus. Es ist eine Position, die beständig durch den oft zitierten militärisch-industriellen Komplex auf-

rechterhalten wird. (Einige, die Autorität haben, haben „akademisch“ zu dieser Kombination hinzugefügt, da die Universitäten zu dieser Basis beigetragen und daran mitgearbeitet haben). Die Annahme besagt, dass die Nation aufgrund des ungeheuren militärischen Vorsprungs, den die Vereinigten Staaten innehaben, nicht nur die anderen beherrschen wird, sondern dies irgendwie auf immer tun wird. Dieser psychologische Rahmen erinnert an das Selbstverständnis der ersten Siedler, die glaubten, sie würden fraglos auf göttliche Weise geführt.

Die historische Bezeichnung einer „offenkundigen Bestimmung“, die Idee, dass die Vereinigten Staaten so etwas wie ein Teil eines göttlichen Prozesses sind, hat auch weiterhin das politische Gedankengut gefärbt, wie zeitgenössische Vorgänge bedauerlicher Weise zeigen. Dieser Glaube trägt zu einer Art öffentlicher Apathie bei, zu einer Indifferenz gegenüber gefährlichen gegenwärtigen Trends und zu einem Gefühl, dass das Land aufgrund seiner Macht sicher ist, ja „von Gott gesegnet“ ist, selbst wenn ein grausamer und ungerechter Krieg wütet. In der Tat, die Illusion eines „amerikanischen Jahrhunderts“ trägt in sich den ominösen Widerhall früherer Weltreiche, von denen jedes unheilvoll endete. Nicht nur die Zyniker glauben, dass die, die nicht aus den Irrtümern der Geschichte lernen, dazu verurteilt sind, diese Irrtümer zu wiederholen.

## **MYTHOS II: GLORIFIZIERUNG DES INDIVIDUUMS**

Der Kult des Individuums, der so ausgeprägt offensichtlich in der derzeitigen Kultur der Vereinigten Staaten ist, gehört nicht zu den Zügen der frühen Siedler. Die ursprünglichen Siedlungen wurden von Gemeinschaften gebildet – von Gruppen, die aus vielerlei Basisbedürfnissen, allem voran aufgrund des Bedürfnisses nach Schutz, voneinander abhängig waren. Als die Expansion nach Westen begann, formte sich der Mythos des Kundschafters, des Mannes der Ebene, des Abenteurers. So wie die Mythosbildung heranwuchs, so tat es auch der Kult

des Individuums. Das Bild des einsamen Cowboys, der in den Sonnenuntergang hineinreitet, wurde zur nationalen Ikone, zur Quelle zahlloser Geschichten, Lieder, Gedichte und Filme. Diese Vorstellung bekam noch mehr „Glanz“, als der berühmte romantische Liedersänger Frank Sinatra sein seine Handschrift tragendes Lied „I did it my way“ (Ich tat es auf meine Weise) populär machte.

Als Mutter Teresa von einer Gruppe junger Studenten in Los Angeles gefragt wurde, ob sie möchte, dass sie mit ihr nach Kalkutta führen, antwortet sie: „Bleibt hier. Besucht die Verlassenen, Kranken und alten Menschen in Eurer Stadt. Sie leiden unter einer schmerzhaften Krankheit – der EINSAMKEIT“. Ihre weisen Worte unterstreichen die tragischen Auswirkungen eines tief eingewurzelten kulturellen Musters, des Endproduktes des Individualismus. Ganz langsam dämmert das Bewusstsein, dass in Wirklichkeit niemand eine Insel ist und Menschen einander in einer sehr tiefen Weise brauchen.

### **MYTHOS III: VERHERRLICHUNG VON GEWALT**

Ein weiterer, beständig auftretender Aspekt der Kultur der Vereinigten Staaten ist die Faszination der Gewalt. „Im Kampf geboren“ ist die stolze Inschrift auf der Staatsflagge von Nevada, und andere Staaten haben in gleicher Weise militaristische Mottos. Eine Reklame für eine Angriffswaffe (die wiederum in den Vereinigten Staaten legal ist) beansprucht für sich: „So amerikanisch wie Mom und Apfelkuchen“, und das „Recht“, ein Gewehr zu besitzen, wird erbittert verteidigt.

Auf das Konto dieser bedrückenden Komponente im nationalen Charakter gehen zahlreiche Gewaltverbrechen, die täglich passieren, und beständige Kriege auf Nationalebene (Vietnam, Panama, Grenada, Afghanistan, Irak, um nur einige zu nennen). Die Motivation ist (tragischer Weise) dieselbe, die für jede Weltmacht im Laufe der Geschichte gilt: Reichtum und Macht. (Man braucht kein Prophet zu sein, um vor-



herzusehen, dass das Endergebnis ebenso dasselbe sein wird: eine endgültige Niederlage).

Der lange aufrechterhaltene und naive Mythos des Nationalcharakters (ein Volk voller Hochherzigkeit und Güte) hat inzwischen schon Platz gemacht für Enttäuschung und Furcht. Die umstürzenden Enthüllungen von Folter und Grausamkeit im Abu Ghraib-Gefängnis (sicherlich weitaus grauenvoller als es sogar die „durchlöcherten“ Berichte übermitteln) haben das nationale Gewissen geschockt und dazu ange-regt, zum ersten Mal die „Richtigkeit“ der „Operation“ im Irak in Frage zu stellen. Das populäre dokumentarische Drama Fahrenheit 9-11 hat in ähnlicher Weise die laufende Debatte über „die Gewehr-Kultur“ nicht nur im Krieg, sondern auch auf den Straßen jeder größeren Stadt im Land beschleunigt.

#### **MYTHOS IV: VERHERRLICHUNG DES REICHTUMS**

Vor wenigen Jahren definierte der damalige Präsident der Verei-nigten Staaten, Ronald Reagan, das Land als „das Land, in dem man noch reich werden kann“. Populäre Fernsehprogramme bringen mit Vorliebe Programme des Verschenke-eine-Million-Dollar, und kommerzielle Reklame verheißt, dass Glück (und selbst Schönheit!) eine Folge des Kaufes ihrer Produkte ist.

Ein bekannter Essayist fragte einmal: „Können wir uns vorstellen, wir nähern uns einer Landschaft und bitten sie, sie solle im Werte von zehn Dollar schön sein? Oder einen Vogel, den wir bitten, er solle im Wert von zwanzig Dollar singen?“ Dennoch, die Faszination des Reich-tums und alle Illusionen, die ihn begleiten, wird zu oft als das „sine qua non“ – die unerlässliche Bedingung – für Glücklich-Sein angesehen. Man muss hier einmal das „Glücklich-Sein“ des Poverello (der hl. Franzis-kus von Assisi) und seine Beschreibung der „vollkommenen Freude“ als Kontrast dazu nehmen.

Es ist nicht schwierig, in einem erweiterten Kontext die Verbindung zwischen dem Drang nach Reichtum als Quelle von Macht und der Gewalt zu sehen. Ein Krieg wird um der Kontrolle der Ölvorräte der Welt geführt, und der Schatz des Wassers, der nicht preislich zu messen ist, mag in der Tat der nächste Konfliktgegenstand sein. Die nationale Hochschätzung von Reichtum, dieses „Honorieren“ der Millionäre (heute: sogar der Milliardäre) schmiedet ein enges Bindeglied zu katastrophalen Mitteln, um eine finanziell beherrschende Stellung zu erwerben.

Das alte Diktum wonach „zuviel immer noch nicht genug ist“, wird täglich in einer Nation immer offensichtlicher, die keinen Frieden finden kann.

### **SCHLUSS: DAS VERLANGEN NACH EINEM MYTHOS**

Als das neue Millennium sich ankündigte, gab es eine verbreitete Hoffnung, dass das Millennium neue Initiativen für den Frieden bringen und eine neue Seite in der Geschichte aufgeschlagen würde und dass die Menschheitsfamilie Wege eines harmonischen Zusammenlebens zumindest suchen und vielleicht sogar finden würde. Bedauerlicher Weise hat die Regierung der Vereinigten Staaten die Botschaft ihrer vielen Propheten noch nicht verstanden, die verkünden: „Es gibt keinen Weg zum Frieden. Der FRIEDE ist der Weg.“ Es ist zu hoffen, dass eine latente Güte und ein wachsendes Bewusstsein, dass der Krieg für obsolet erklärt werden muss, gemeinsam den tiefen und notwendigen Wandel in der kollektiven Psyche bewirken werden, der erforderlich ist, damit eine Nation geistig wirklich groß ist. Nur dann kann diese Nation als ein gerechtes und friedensbringendes Mitglied der Familie der Nationen die positive Rolle spielen, zu der sie fähig ist.

*(Übersetzung: Peter Amendt)*

# In God we trust – die Bedeutung der Religion für das politische Handeln der USA

*Br. Stefan Federbusch*

Als säkularisierte Europäer stehen wir der religiösen Aufladung des politischen Diskurses, ja des gesamten politischen Weltbildes der USA verwundert gegenüber. Begriffswahlen wie „Kreuzzug des Bösen“ lassen uns nur den Kopf schütteln. Hier wird die Problematik der Verquickung von Religion und Politik mehr als deutlich. Der Begriff „Kreuzzug“ ist für die arabische Welt genauso traumatisch besetzt wie der „Holocaust“ für die Juden. Die historische Erinnerung an die Kreuzzüge als erste koloniale Durchdringung der arabischen Welt ist als Demütigung im kollektiven Bewusstsein der Muslime tief verankert und löst heftige Gegenreaktionen aus.

In den vergangenen Jahren hat sich das USA-Bild der Deutschen rasant verändert. Für 78 % war es im Jahr 2000 positiv. Im Jahr 2002 immerhin noch für 61 %. Doch nach dem Irakkrieg 2003 liegt dieser Wert nur noch bei 25 %. Die Haltung der USA gilt vielen als „arrogant“, „militaristisch“, „imperialistisch“ und „egoistisch“.  
Woran liegt das?

Als die USA gegründet wurden, sprach Thomas Jefferson davon, ein „Imperium der Freiheit“ zu schaffen. Der Poet Ralph Waldo Emerson schrieb im 19. Jahrhundert, Amerika sei „ein Leuchtturm, der der ganzen Welt die Wege der menschlichen Bestimmung weist“. „Dieser Glaube an eine historische Mission ist bis heute tief in die amerikanische Psyche

eingegraben. Europa stand für Krieg, Machtpolitik, Tyrannei und Unterdrückung, Amerika für Frieden, Demokratie und Ideale. Dieser Exzeptionalismus [Prozess der Bildung von etwas] kulminierte in der Ansicht, dass es die Bestimmung der USA sei, der Welt als Vorbild zu dienen und ganz Nordamerika mit den eigenen zivilisatorischen Errungenschaften zu beglücken“, erläutert Stephan Bierling, Professor für internationale Politik an der Universität Regensburg.

Dieses religiöse Sendungsbewusstsein verkörpert wie kaum ein anderer der alte und neue Präsident der USA. Der Methodist George W. Bush sagt von sich, dass er jeden Tag in der Bibel liest und täglich betet. Er gehört zu den so genannten „wiedergeborenen Christen“ (reborn christ). Er ist überzeugt, dass Gott es ist, der ihn in diesem geschichtlichen Augenblick sein Amt versehen lässt. „Gott hat uns aufgerufen, unser Land zu verteidigen und die Welt zum Frieden zu führen, und wir werden beide Herausforderungen mit Mut und Selbstvertrauen angehen“ (10. Febr. 2003 in Nashville). Bush ist somit fest verwurzelt in der „manifest destiny“, der amerikanischen Vorherbestimmung, der Welt den Frieden zu bringen, und sei es durch Krieg.

Der amerikanische Idealismus besteht also darin, das Licht der Freiheit in jeden dunklen Winkel des Globus zu tragen. George Bush: „Die Vereinigten Staaten sind das Leuchtfeuer der Freiheit. Ich glaube, dass wir eine Verantwortung haben, die Freiheit zu verbreiten, die so grundlegend ist wie die Verantwortung, Amerika zu beschützen. In Wahrheit gehen beide Pflichten Hand in Hand. Es ist sehr wichtig, dass Sie meine Präsidentschaft so verstehen.“

Während einer Pressekonferenz im April 2004 verdeutlichte der Präsident dies, wenn er sagte, Amerika sei „keine imperiale Macht“, sondern eine „Macht der Befreiung“. Sein Land sei „berufen“, die „Welt zu verändern“.

Hier lässt sich auch von einem säkularen Messianismus sprechen, der seine Wurzeln u. a. im überhöhten Selbstbild Amerikas hat. Der ungarische Amerikanist Akos Doma sieht vor allem in der quasi-religiö-

sen Selbstmythisierung und Selbstüberschätzung Amerikas die eigentliche Gefahr. Der puritanische Pioniergeist der frühen Siedler erwartete in der neuen Heimat das himmlische Jerusalem, die „Stadt auf dem Berge“, auf der die Augen der ganzen Welt ruhen. Der (konservative) Evangelikalismus (oft geprägt durch biblischen Fundamentalismus) sieht in dieser puritanischen Tradition bis heute in den USA diese „Stadt auf dem Berge“, das „Neue Jerusalem“, Vorgriff und verwirklichte Utopie zugleich.

„Diesem Glauben, im göttlichen Auftrag zu handeln und in der eigenen Geschichte den Willen der Vorsehung zu erblicken, entspringt jenes national-religiöse Sendungsbewusstsein, das bis heute für die Politik und Mentalität der Vereinigten Staaten bestimmend ist.“ Die Welt wird in Gut und Böse eingeteilt. In dieser manichäischen Welt-sicht gibt es nur Freund oder Feind. „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns.“ Das nach innen angeblich multikulturelle Nordamerika habe nach außen jedoch Schwierigkeiten, fremde Kulturen wirklich anzuerkennen, zu respektieren, mit ihnen in einen geistigen Dialog zu treten. Schon die indianische Kultur wurde nicht integriert, sondern ausgerottet, ein bitteres historisches Erbe, das nachwirke und weiterhin das Denken prägend begleite. Das Andere „draußen“ gilt Amerika seit jeher als wild, barbarisch, unzivilisiert. So stecke der große amerikanische Traum voller Widersprüche, voller Ambivalenzen: Größe und Scheitern, Bewunderung und Verachtung, Weite und Provinzialität.

Akos Doma: „Dieser Mythos nährt sich aus vielen Quellen: aus der historischen Tatsache, dass in den Vereinigten Staaten die erste freiheitliche Verfassung unter Berufung auf die Menschenrechte entstanden war; aus dem rapiden wirtschaftlichen und technologischen Aufschwung der neuen Nation Ende des 19. und im 20. Jahrhundert, der ihr den Ruf eines Eldorado bescherte; aus dem Nimbus des Landes als Zufluchtsort für Verfolgte aus aller Welt; aus seiner Rolle während des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Kriegs als Hüter und Garant der Freiheit gegen die nationalsozialistische und kommunistische Diktatur...“. Daneben stehen die anderen Fakten: die Verflechtungen der USA, die

den Aufstieg von Diktatoren erst zuließen, ja begünstigten; eine „expansionistische Hegemonialpolitik“, die in etlichen Weltregionen Kriege mit unzähligen Opfern mitzuverantworten hat; eine katastrophale Knebelung Lateinamerikas; gravierende soziale Gegensätze und schwache soziale Sicherungssysteme im Inneren.

Es scheint fast ein wenig paradox zu sein. Während die Entwicklung Europas nach 1945 wesentlich durch die USA geprägt wurde und der „american way of life“ auch unseren Lebensstil massiv beeinflusst, ist die religiöse Komponente davon völlig abgekoppelt. Die USA ist als „nation under god“ ohne Religion undenkbar. Trotz der Trennung von Kirche und Staat ist Religion in jeder Pore der amerikanischen Gesellschaft und Politik zu spüren. „In god we trust“ ist das Motto auf jeder 1-Dollar-Note und das Vergil-Zitat „Annuit coeptis – novus ordo saeculorum“ = „Das Begonnene vollenden – die neue Weltordnung“ drückt die amerikanische Mission aus. „Amerika macht nur Sinn mit einem tiefen Glauben an Gott“, so das Diktum des früheren Präsidenten Eisenhower. Religion ist im Gegensatz zu Deutschland keine Privatsache, sondern Teil einer nach außen getragenen und gelebten Identität. Fast jede Rede beendet der Präsident mit den Worten: „God bless America“.

Die religiösen Komponenten haben das Denken und Handeln der amerikanischen Regierung vor und während des Irakkrieges stark beeinflusst. Die These, dass es eine weltweite Verschwörung des Terrorismus gegen Amerika gebe, nannte bereits in den sechziger Jahren der Historiker Arthur Schlesinger eine wahnhaftige, aus der puritanischen Religiosität herrührende Deutung der Geschichte. Der Historiker Richard Hofstadter spricht vom „paranoiden Stil der amerikanischen Politik“.

Während die katholische Kirche der USA eindeutig gegen den Irakkrieg Stellung bezog, wurde Bush von vielen eher fundamentalistisch eingestellten christlichen Kirchen unterstützt. So schrieb etwa Richard Land von den Südstaaten-Baptisten: „Einen gerechten Krieg zu führen, ist ein Akt christlicher Nächstenliebe. Das Böse muss bestraft, das Gute

belohnt werden. Die Zeit für Gewalt ist gekommen.“

Den Republikanern gelang es im Wahlkampf 2004 zu suggerieren: „Gott ist auf unserer Seite. George Bush ist der Mann der Vorsehung. Wer gegen George Bush ist, ist gegen Gott.“ Damit gewann Bush die Stimmen der so genannten „wiedergeborenen Christen“ und damit die Wahl. Seine religiös aufgeladene Sprachrhetorik erzeugt ein Klima des Nationalismus, „in dem es zur Pflicht wird, die Politik der Regierung zu unterstützen“, so der Medienexperte David Domke.

Die Denkweise der Evangelikalen ähnelt hier der der Islamisten, nur eben aus der anderen Perspektive. Sie sehen den „Antichristen“ gekommen und die Voraussagen der Apokalypse des Johannes: Es kommt Armageddon, die Entscheidungsschlacht zwischen Gott und dem Satan. In ihren Augen sind die Terroristen des 11. September Abbilder des Bösen, Monster ohne zeitpolitischen Kontext. Biblisch gesehen stand über der Geschichte Israels immer der Satz: „Mein ist die Rache, spricht der Herr.“ Nirgends werden in der Apokalypse Menschen aufgefordert, das Gericht zu vollstrecken, das nur Gott zusteht. Vielmehr gilt die Mahnung des Paulus, „Böses nicht mit Bösem zu vergelten, sondern durch das Gute zu überwinden.“

Kommentar des Spiegel: „Schwache Präsidenten können gefährlich sein, weil sie ihren Untergebenen freie Hand lassen. Gläubige Präsidenten aber können die Welt verschlimmern, indem sie grandios am Verbessern scheitern“ (8/2003).

Der damalige Bundespräsident Johannes Rau sprach von einem „grandiosen Missverständnis“, wenn Bush von einer göttlichen Mission spreche, die ihn zu diesem Krieg antreibe. „Das ist eine völlig einseitige Botschaft des George Bush. Ich glaube nicht, dass ein Volk einen göttlichen Hinweis erhält, ein anderes Volk zu befreien“, so Rau Ende März 2004 in n-tv.

# PROPAGANDA statt / als POLITIK – DIE WAHREN GRÜNDE DES IRAKKRIEGS

*Br. Stefan Federbusch*

Im Januar des Jahres 2003 behauptete George W. Bush in seiner Rede zur Lage der Nation: „Beweise aus Geheimdienstquellen, geheime Kommunikation und Aussagen von verhafteten Personen enthüllen, dass Saddam Hussein Terroristen unterstützt und beschützt, darunter Mitglieder von El-Kaida.“

Am 17. März 2003, zwei Tage vor Beginn des Krieges, sagte er in einer weiteren Rede an die Nation: „Geheimdienstinformationen, die diese und andere Regierungen zusammengetragen haben, lassen keinen Zweifel daran, dass das Regime im Irak weiterhin einige der tödlichsten Waffen besitzt und verbirgt, die je entwickelt wurden.“

Die Berichte der UNO-Waffeninspekture Hans Blix für die chemischen und biologischen Waffen und Mohammed el-Baradei für die atomaren Waffen ließen an dieser Aussage erhebliche Zweifel aufkommen. Dies bestätigte auch der im Herbst 2004 erschienene Report der Iraq Study Group, der feststellt, dass dem Irak keine Massenvernichtungswaffen zur Verfügung ständen. Mitte Januar 2004 war bereits der Chef der US-Waffeninspekture, David Kay, von seinem Posten zurückgetreten und hatte erklärt, dass der Irak keine Massenvernichtungswaffen besäße.



Im Juni 2004 befasste sich dann ein Ausschuss mit dem Irak-Krieg. Er erklärte, keine „glaubwürdigen Beweise“ für eine Zusammenarbeit zwischen El Kaida und dem früheren Machthaber Saddam Hussein gefunden zu haben. Eine unabhängige Untersuchungskommission über die Geheimdienstangaben hatte der amerikanische Präsident erst auf massiven Druck hin im Februar des Jahres eingesetzt.

Am 3. Juli 2004 trat der langjährige CIA-Chef George Tenet zurück. Einen Tag nach der Verabschiedung von seinen Mitarbeitern erhob der 400-seitige Untersuchungsbericht des Geheimdienstausschusses des US-Senats schwere Vorwürfe gegen die CIA. Deren Berichte über den Vorkriegs-Irak seien unzuverlässig gewesen und die darauf basierenden Behauptungen unzutreffend. Die amerikanische Regierung zog daraus keine weiteren Konsequenzen. Der eigentlich Verantwortliche, Vizepräsident Dick Cheney, blieb im Amt.

Verteidigungsminister Ronald Rumsfeld ließ extra eine eigene Abteilung zur Geheimdienstauswertung gründen, das Office of Special Plans – das im Sinne der „Falken“ die Erkenntnisse der CIA zu interpretieren hat. Auf das Thema „Massenvernichtungsmittel“ habe man sich lediglich aus „bürokratischen Gründen“ geeinigt, so Vizeverteidigungsminister Paul Wolfowitz bereits am 30. Mai 2003, „weil das der Grund war, auf den sich alle einigen konnten“.

Der Journalist Bob Woodward hat mit seinem Buch „Plan of Attack“ ein Recherchebuch über die Vorgeschichte des Irak-Krieges vorgelegt. In ihm wird dargestellt, wie ein Flügel der Regierung mit seinen fest gefügten Vorstellungen über Amerika und die Welt die Terrorkrise für die eigene Agenda nutzbar machte. Zu diesem Flügel gehört Verteidigungsminister Donald Rumsfeld. Nur wenige Stunden nach dem Anschlag vom 11. September gibt es seinerseits Überlegungen, nicht nur Osama bin Laden anzugreifen, sondern auch Saddam Hussein. Er gibt den Auftrag, die „Verbindung“ zwischen beiden zu erforschen. Am folgenden Tag wirft er im Kriegskabinet die Frage auf, ob der Anschlag die Möglichkeit eines Angriffes auf den Irak eröffne. Zu dem kriegsbefür-

wortenden Flügel gehörte außerdem Dick Cheney, Vize-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz, Vize-Außenminister Richard Armitage sowie Berater Richard Perle.

Woodwards belegt in seinem Buch, wie lange der Irakkrieg bereits geplant war – seit dem 21. November 2001 – und wie früh er bereits beschlossene Sache war – seit Januar 2003. Am 13. Januar 2003 sagt der Präsident zu seinem Außenminister Colin Powell, der gegen den Krieg ist: „Ich glaube, ich werde das machen müssen.“ Dass mit den Planungen für einen Krieg direkt nach dem Amtsantritt von George W. Bush begonnen wurde, bestätigte auch der von Bush entlassene Finanzminister Paul O´Neill.

Die vom amerikanischen Präsidenten George W. Bush ins Feld geführten Kriegsgründe haben sich damit als nichtig erwiesen. Weder wurden im Irak Massenvernichtungsmittel gefunden noch ist eine Verbindung zwischen dem Regime in Bagdad und der El-Kaida nachweisbar. Saddam Hussein war ein säkularer Diktator, der mit Osama bin Laden als Führer des gewalttätigen Dschihad-Islam absolut nichts gemein hatte. Sie „sind wie Feuer und Wasser. Es sind zwei Despoten, zwei totalitäre Zwangscharaktere, die sich jeweils als Konkurrenten gesehen haben, und es gab keine Zusammenarbeit zwischen beiden“ (Michael Lüders).

Es ist kaum vorstellbar, dass der Präsident derart unkritisch mit den Informationen umgegangen ist. Es bleibt der Verdacht, dass George W. Bush die dürftigen Informationen als Alibi für einen bereits mehr oder weniger feststehenden Krieg genutzt und die Geheimdienste zu Erfüllungsgehilfen gemacht hat.

Als die beiden offiziellen Kriegsgründe – Massenvernichtungswaffen und Verbindung zu Al-Kaida – hinfällig waren, führte die Bush-Administration plötzlich humanitäre Gründe an: das Terrorregime der Baath-Partei, die unerträglichen Bspitzelungen, Folter, die Allmacht der Geheimdienste usw.. Nicht nur Menschenrechtsorganisationen

wiesen zu Recht darauf hin, dass alles dies seit Jahren bekannt war, durch die Waffenlieferungen während des Irakkrieges von Washington gar noch gefördert wurde.

Politisierte Memoranden nach innen, frisierte Dossiers nach außen für die Öffentlichkeit (beispielsweise ungeeignete Aluminiumröhren zur Kernwaffenproduktion, gefälschte Dokumente eines angeblichen Uранеinkaufes im Niger usw.) – der Irakkrieg wurde unter Vortäuschung falscher Tatsachen mit Propagandalügen begonnen.

Wohl nicht zuletzt unter der Perspektive, einen geopolitischen Ersatz zu finden, sollte das Königshaus in Saudi-Arabien eines Tages durch Islamisten gestürzt und durch ein islamistisches Regime ersetzt werden. Das Ziel der Amerikaner: „Bereitstellungsräume zu schaffen, von denen aus das gesamte staatliche Umfeld West- und Zentralasien militärisch kontrolliert und politisch beeinflusst, wenn nicht umgeformt werden könnte“ (Herbert Kemp)

Ebenso geht es ums Öl, dessen Bedarf in den USA in den nächsten Jahren noch steigen wird. Aus der Regierung Bush kommen der Vizepräsident, der Energieminister, der Handelsminister, die Innenministerin sowie die Sicherheitsberaterin aus der Ölindustrie. Gelogen, betrogen, zurechtgebogen. Die wahren Kriegsgründe lagen in den Ölinteressen, in einem angestrebten Machtwechsel im Irak sowie der Neuordnung des mittleren Ostens.

In einem Interview mit dem britischen Rundfunksender BBC Mitte September 2004 bezeichnete UN-Generalsekretär Kofi Annan den Irakkrieg in bis dahin nicht benannter Deutlichkeit als illegal. Der Krieg sei ohne Zustimmung der Vereinten Nationen geführt worden und damit ein Verstoß gegen die UNO-Charta.

# DER KRIEG NACH DEM KRIEG

*Br. Stefan Federbusch*

Am 20. März 2003 um 3.30 Uhr mitteleuropäischer Zeit beginnen US-Streitkräfte damit, den Irak zu bombardieren. Innerhalb erstaunlich kurzer Zeit durchschreiten die Alliierten den Irak und nehmen auch dessen Hauptstadt Bagdad ohne große Verluste ein. Am 1. Mai 2003 wird das offizielle Kriegsende verkündet. Letztlich ein Pyrrhussieg.

## **Die Todesopfer**

Während der eigentlichen Kriegshandlungen im März und April 2003 sind 138 Amerikaner und 33 Soldaten der Verbündeten gefallen. Von Mai 2003 bis April 2004 hatten die Besatzungstruppen innerhalb eines Jahres insgesamt 842 Todesopfer zu verzeichnen, davon 73 von den verbündeten Truppen, der Rest amerikanische Soldaten. Der Krieg nach dem Krieg erwies sich schnell als weitaus blutiger als der kurze Eroberungsfeldzug.

Vor der Präsidentenwahl im November 2004 überschritt die Zahl der amerikanischen getöteten Soldaten die Marke von 1000. Nach eige-

nen Angaben der US-Armee wurden bis Mitte Januar 2005 1.366 eigene Soldaten getötet und 1.639 verletzt. Die Angabe der Opfer-Zahl der irakischen Zivilisten schwankt zwischen 15.229 und 17.443.

Über 2800 US-Soldaten sind seit Kriegsbeginn durch „feindliche Aktionen“ verletzt worden, weitere 430 durch Unfälle. Rund 10.000 wurden aus anderen gesundheitlichen Gründen nach Hause geflogen.

Der erste Golfkrieg hatte „nur“ 148 amerikanische tote Soldaten gefordert sowie 145, die bei Unfällen starben. 200.000 Golfkriegsveteranen aber haben seit 1991 Ausgleichszahlungen wegen gesundheitlicher Schäden beantragt. An rund 160.000 Ex-Soldaten zahlt das Pentagon Entschädigungen. Wie viele werden es dieses Mal sein, die physisch auf Dauer gezeichnet und psychisch schwer angeschlagen sind?

Jeder fünfte Irakheimkehrer des zweiten Golfkriegs leidet nach einer offiziellen Studie des Pentagon am Posttraumatischen Belastungssyndrom (PTSD). Rund die Hälfte aller Betroffenen bleibt chronisch gestört. Bei 330.000 Iraksoldaten sind das immerhin 33.000 Soldaten.

Auch besteht der Verdacht, dass während beider Irakkriege Uran-geschosse eingesetzt wurden, deren Partikel zu genetischen Veränderungen führen. In den USA haben sich Hunderte von Golfkriegsveteranen zusammengeschlossen, die in den vergangenen Jahren missgebildete Kinder bekamen, und eine Sammelklage gegen den Staat eingereicht. Im Irak hat sich die Kinderkrebsrate seit dem ersten Golfkrieg wesentlich erhöht.

Das größte Kontingent von 120.000 Mann stellten innerhalb der Alliierten die USA (zur Wahl im Januar 2005 aufgestockt auf 153.000), weitere 11.000 Mann Großbritannien. Am Jahrestag des Irakkrieges taten weitere 24.500 Soldaten aus 34 Ländern im Land Dienst (Italien: 2700; Polen: 2400; Ukraine: 2000; Spanien: 1300; Niederlande: 1100, Australien: 1000).

## Die amerikanischen Fehleinschätzungen

„Wir wollen Frieden... Aber wenn uns der Krieg aufgezwungen wird, werden wir mit der geballten Macht des US-Militärs kämpfen – und wir werden siegen“, so Präsident George W. Bush in seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2003. Und ein Jahr später erneut in seiner Rede zur Lage der Nation: „Amerika befindet sich im Krieg gegen Terroristen, die diesen Krieg begonnen haben“. Demzufolge gilt: „Amerika ist stolz, die Armeen der Befreiung anzuführen.“

Der stellvertretende Außenminister Richard Armitage formulierte es so: „Unglücklicherweise scheint im 21. Jahrhundert Frieden nicht länger automatisch auf Krieg zu folgen.“

Rasch zeigte sich, dass die Amerikaner mit ihrer Zuversicht, als Befreier begrüßt zu werden und das Land rasch demokratisieren zu können, einer völligen Fehleinschätzung unterlagen. Das Szenario Deutschland 1945 mit einem raschen Wiederaufbau, verbunden mit einer stabilen Demokratisierung, greift nicht, da der Irak einem völlig anderen Kulturkreis angehört: der Großteil des Landes ist ländlich geprägt, feudalistisch strukturiert, als Stammesgesellschaft patriarchalisch und von drei höchst unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen (Kurden, Sunniten und Schiiten) geprägt.

Durch die Beseitigung des alten Regimes kam es zu einem Machtvakuum, das die verschiedenen Kräfte im Irak für sich nutzen wollen. Die Folge: bürgerkriegsähnliche Zustände und permanente Anschläge auf die als Besatzer empfundenen alliierten Soldaten.

## **Die Schwierigkeiten einer Befriedung des Irak**

Die USA machten mehrere Fehler gleichzeitig:

Erstens lösten sie im Rahmen der De-Baathisierung die irakische Armee und den Polizeiapparat auf. Dadurch wurden 100.000 Soldaten, die ihre Waffen zumeist zuhause hatten, funktionslos. Der Befehl zur Waffenabgabe erfolgte viel zu spät. Viele dieser überwiegend sunnitischen Kräfte sind in den Untergrund abgetaucht und beteiligen sich am Terrorkampf gegen die Koalitionstruppen der Allianz.

Zweitens wurden Millionen von Menschen aus der Verwaltung entlassen und damit arbeitslos. Ähnlich wie die DDR war der Irak ein Sozialstaat mit monströser Bürokratie; wenig effizient, aber die Leute hatten Arbeit und Auskommen. Die Arbeitslosenquote lag schlagartig bei 80 %. Staat und Wirtschaft funktionierten nicht mehr.

Drittens geschah die Widerstandsbekämpfung wenig sensibel. Die Hausdurchsuchungen und der Umgang mit Frauen brachte bei vielen Muslimen das Fass zum Überlaufen.

Viertens ist unklar, was mit den Verlierern der Demokratisierung, den Sunniten, geschieht und wie sie in eine neue Ordnung eingebunden werden können. Wie häufig auch in anderen Ländern haben sie als Minderheit über die Mehrheit geherrscht. Saddam Hussein hat die sunnitischen Scheichs reich entlohnt, während er die schiitischen ermorden ließ. Die Amerikaner sind sehr massiv gegen die Widerstandsnester im sunnitischen Teil, etwa in Falludscha vorgegangen. Von der Stadt ist nicht viel übrig geblieben.

Die eigentlichen Kriegsgewinner, die bisher unterdrückten Schiiten, streben eher einen Gottesstaat nach iranischem Muster denn eine westliche Demokratie an. So vereint Sunniten und Schiiten der Hass gegen die USA. „Im großen und ganzen lässt sich schon heute feststellen, dass die Absicht, den Irak zu demokratisieren, bisher eine Vision wie

ein Luftschloss ohne Kenntnis der inneren Situation des Landes geblieben ist“, so Bassam Tibi im Dezember 2003.

## **Die politische Entwicklung**

Die politische Entwicklung kann hier nur mit wenigen wichtigen Ereignissen kurz skizziert werden:

Der Chef der US-Zivilverwaltung, Paul Bremer, setzte am 13. Juli 2003 einen 25-köpfigen irakischen Regierungsrat ein, der aus Persönlichkeiten der verschiedenen Volksgruppen und Glaubensrichtungen bestand, u. a. Ayatollah Abdulasis al Hakim für die Schiiten sowie Dschabal Talabani und Masud Barzani für die Kurden.

Die „Irakisierung“ stand weiterhin auf tönernen Füßen. Die innere Sicherheit war nicht gewährleistet und der Vorläufige Irakische Regierungsrat zu schwach. Laut UNO-Resolution 1511 vom 16. Oktober 2003 sollte er als „einzige politische Instanz die Souveränität des Staates Irak verkörpern, bis eine international anerkannte repräsentative Regierung eingesetzt wird.“ Zugleich wurde ihm die Ausarbeitung einer Verfassung aufgetragen.

Saddam Hussein konnte am 14. Dezember 2003 in der Nähe der Stadt Ad Dwar, 16 km von seinem Heimatort Tikrit entfernt, in einem Erdloch versteckt festgenommen werden. Damit konnten die Amerikaner den wichtigsten Gesuchten auf ihrer Fahndungsliste präsentieren, das „Pik-Ass“. Einen Mann, der Tausende im Krieg gegen den Iran 1980 in den Tod schickte, rund 100.000 Menschen allein in den Kurdengebieten verschleppte und ermorden ließ, der 1988 die kurdische Stadt Halabdscha mit Giftgas angreifen ließ und 1990 Kuwait überfiel. Auf die Ergreifung Saddam Husseins war eine Belohnung von 25 Mio. Dollar ausgesetzt.



Seine beiden Söhne Udai und Kusai Hussein waren bereits bei einem mehrstündigen Feuergefecht am 22. Juli 2003 in der nordirakischen Stadt Mossul von amerikanischen Truppen erschossen worden.

Von den 55 meistgesuchten Spitzenleuten des Irak – vereinigt im berühmten Spielkartenset der US-Armee - waren im Juli 2003 bereits 35 gefasst und in Gefangenschaft.

Am 8. März 2004 unterzeichnete der Irakische Regierungsrat eine Übergangsverfassung.

Am 17. Mai 2004 wurde der Präsident des provisorischen Regierungsrates, der Schiit Isseddin Salim, durch einen Sprengsatz an einer Straßensperre ermordet.

Am 28. Juni 2004 übergaben die Amerikaner die Macht an eine Übergangsregierung unter Ministerpräsident Ijad Allawi. Dem Kabinett gehören 29 Minister an, darunter 5 Frauen. Übergangspräsident wurde der sunnitische Stammescheich Ghasi Adschiel El Jawar, der zuvor Vorsitzender des provisorischen Regierungsrates war. Vizepräsidenten wurden der Schiit Ibrahim El Dschafari und der Kurde Rusch Schawis. Um Terroranschläge zu vermeiden, wurde die Übergabe um zwei Tage verlegt und fand vor nur 30 ausgewählten Politikern, Diplomaten und Journalisten statt.

Von vielen Irakern wird die Übergangsregierung nur als Marionette der Amerikaner gesehen, da sie de facto insbesondere in Sicherheitsfragen von den USA abhängig bleibt. Die eigenen Sicherheitskräfte müssen erst nach und nach ausgebildet und ausgerüstet werden, um selbst für stabile und geordnete Verhältnisse zu sorgen. Die übertragene Souveränität an das irakische Volk bzw. eine Regierung hatte daher zunächst eher symbolische Bedeutung.

In der UNO-Resolution 1516 anerkennen die Mitgliedsstaaten die Souveränität und Autorität der Übergangsregierung. Die Entschlie-

ßung sieht „direkte demokratische Wahlen“ zu einer Übergangsnationalversammlung im Januar 2005 vor.

Das Übergangsparlament soll bis zum 15. August 2005 eine endgültige Verfassung ausarbeiten, über die in einem Referendum vor dem 15. Oktober abgestimmt wird. Für den 15. Dezember 2005 ist eine neue Parlamentswahl geplant. Mit dem Amtsantritt einer neuen Regierung endet am 31. Dezember 2005 das Mandat für die US-geführte multinationale Streitmacht. Mindestens ein Viertel der Abgeordneten im Übergangsparlament sind Frauen. An der Spitze des Staates steht ein Präsident mit zwei Stellvertretern.

Eine dreitägige Nationalkonferenz mit über 1300 Teilnehmern bestimmte Mitte August 2004 einen 125-köpfigen Nationalrat, der die Wahlen im Januar 2005 vorbereitete.

Am 30. Januar 2005 fanden unter größten Sicherheitsvorkehrungen (Ausgangssperre, Fahrverbot für PKW und LKW, um Autobomben zu verhindern) die ersten „freien“ Wahlen statt. 73 Parteien und 25 Einzelkandidaten bewarben sich um die 275 Parlamentssitze. Während Kurden und Schiiten an der Wahl teilnahmen, wurde sie von den Sunniten weitgehend boykottiert. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 60 Prozent.

Die Vereinigte Irakische Allianz der Schiiten erhielt 48,1 Prozent der Stimmen und damit die absolute Mehrheit der Parlamentssitze. Zweitstärkste Kraft mit 25,7 Prozent wurde die Liste der kurdischen Parteien. Die Partei von Übergangsminister Allawi landete auf Platz drei mit 13,8 Prozent der Stimmen.

## Der gewaltsame Widerstand

Mitte August 2003 tötete ein Bombenanschlag auf das UNO-Hauptquartier in Bagdad 23 Menschen. Dabei kam auch der UNO-Beauftragte für den Irak, Sergio Vieira Mello, ums Leben. Zu dem Anschlag bekannten sich Al-Kaida-Gruppen.

Mit diesem Anschlag hatte der Terror eine neue Dimension erreicht. Galt er bisher vornehmlich den Soldaten und Einrichtungen der Besatzungstruppen, so wurde jetzt das Zentrum der internationalen Hilfe attackiert. Damit verschiebt sich das Motiv der Anschläge. Es geht nicht mehr um politische Unterscheidungen, sondern grundsätzlich um den Tod möglichst vieler verhasster Ausländer bzw. um den Tod überhaupt möglichst vieler Menschen. Ähnlich der Opfer im World Trade Center ist es den Tätern völlig egal, wen es trifft, selbst wenn es die eigenen Landsleute oder Glaubensgenossen sind, Hauptsache die Zahl der Opfer ist groß genug, um Angst und Schrecken zu verbreiten. Ziel ist es, ein Land zu destabilisieren und ins Chaos zu stürzen.

Das Bekenntnis von Al-Kaida zu dem Anschlag zeigt, dass zunehmend Elemente von außen in den Irak eingedrungen sind, die die Nachkriegswirren in ihrem Sinne zu nutzen suchen. George Bush wollte im Irak den Terrorismus bekämpfen. „Die Bush-Führung schafft sich jenes Terrorismus-Problem selbst, das sie zuvor aus fadenscheinigen Motiven beschworen hatte, als es um das Sammeln von Kriegsgründen ging... Erst hat der Präsident mit dem unbedingten Willen zum Krieg den Spaltpilz in die Anti-Terroristen-Koalition gesät. Jetzt entsteht – wo vorher keine war – eine gigantische Aufmarschbasis für jene, die mit Brachialgewalt all das verfolgen, wofür der freie Westen steht“ (Christoph Reisinger).

Eine weitere Verschiebung fand statt, als zunehmend eigene Landsleute das Opfer von Anschlägen wurden, die als Kollaborateure der Besatzungsmächte gelten. 35 Iraker starben am 16. Juni 2003 vor einem Rekrutierungsbüro in Bagdad, als ein Selbstmordattentäter

einen mit Artilleriegranaten beladenen Geländewagen in die wartende Menge steuerte. Bereits im Februar waren am selben Ort 47 Menschen durch eine Bombe umgekommen.

Die Liste der Attentate ließe sich leider beliebig fortsetzen.

Je näher die Wahl rückte, desto heftiger fielen die Attacken derer aus, die den Irak bewusst destabilisieren wollen. Gab es im Mai 2004 etwa 700 Angriffe auf die Koalitionstruppen, so waren es im September 2004 bereits 2700 Angriffe. Anfang November 2004 verhängte die irakische Regierung den Ausnahmezustand. Die Zahl der Anschläge ging daraufhin von durchschnittlich 123 am Tag auf 62 zurück. Während der Wahl hielt sie sich auf Grund der strengen Sicherheitsbestimmungen in Grenzen; nach der Wahl hielten die Gewalttaten und Sabotageakte aber unvermindert an.

## **Die Kosten**

Die Kosten für ein Jahr Irakkrieg betragen 107 Milliarden Dollar. Das entspricht einem Jahr Krankenversicherung für ca. 32 Millionen Kinder, 1 Jahr Vorschulbetreuung für 11 Millionen Kinder, Collegestipendien von vier Jahren für 2 Millionen Studenten, 1,5 Millionen Lehrergehälter für 1 Jahr oder den Baukosten für 1 Millionen Wohnungen. Oder ein anderer Vergleich: Der amerikanische Präsident versprach nach der Flutkatastrophe in Asien zunächst ganze 35 Millionen Dollar, das entspricht der Summe von 4 Stunden Irakkrieg.

Der amerikanische Entwurf über den Verteidigungshaushalt 2004 betrug insgesamt 417,5 Milliarden Dollar (das entspricht 340,3 Milliarden Euro). Der gesamte deutsche Bundesetat belief sich für 2004 auf rund 258 Milliarden Euro.

Im Januar 2005 hat George W. Bush für das laufende Haushaltsjahr einen Nachtragshaushalt von 80 Milliarden Dollar beantragt. Damit wachsen die Kosten für die beiden Kriege in Afghanistan und Irak auf rund 300 Milliarden Dollar. Das Haushaltsbüro des US-Kongresses hat mögliche Gesamtkosten von 1,4 Billionen Dollar (!) vorausgesagt.

### **Amerika, quo vadis?**

Der von der Bush-Administration erhoffte positive Dominoeffekt – wenn erst mal ein islamisches Land demokratisiert ist, werden die anderen folgen – hat sich eher ins Gegenteil verkehrt: da, wo ein Territorium zum Magnet für Terroristen wird, hat dies Ausstrahlung auf die gesamte Region.

#### *Wie also sieht die Zukunft im Irak aus?*

Für den Nahostexperten Michael Lüders ist klar: „Der Widerstand, der im Irak stattfindet, ist das Ergebnis einer verfehlten Besatzungspolitik“. Militärisch ist dieser Konflikt letztlich nicht zu gewinnen. Eine anhaltende Militärpräsenz löst immer neue Anschläge und Attentate aus. „Jede Vorstellung, man könnte dieses Land mit Hilfe der Besatzung politisch neu ordnen, ist mittlerweile eine Illusion. Das wäre in den ersten drei Monaten nach dem Sturz von Saddam Hussein möglich gewesen, seither aber nicht, aufgrund der zahlreichen Fehler der amerikanischen Besatzungsmacht, die letztendlich an ihrer eigenen Hybris gescheitert ist, an ihrer eigenen Überheblichkeit, nämlich dem Glauben, man könne mit einem Übermaß an kulturellem und politischen Selbstbewusstsein Leute mithilfe der Marines gewissermaßen in die Neuzeit und Demokratie bomben. Dieses Kalkül ist nicht aufgegangen, sondern im Gegenteil: Die religiösen, die reaktionären Kräfte im Land wurden gestärkt, und aus einzelnen Terroranschlägen ist mittlerweile eine Volkserhebung geworden.“

Diese Einschätzung stammt von Oktober 2004. Mittlerweile haben allen Unkenrufen zum Trotz die ersten freien Wahlen stattgefunden. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Klar ist jedoch, dass die USA sich durch ihr Vorgehen kaum neue Freunde in der arabischen Welt geschaffen haben. Von vielen Muslimen wird der „Kampf gegen den Terror“ eher als „Kampf gegen die Muslime“ wahrgenommen mit dem Ziel einer noch größeren amerikanischen Hegemonie auch im Nahen und Mittleren Osten.

„Der Kampf gegen den Terror ist nicht zu gewinnen“. Dieses überraschende Eingeständnis machte George W. Bush Ende August 2004 im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf. Seine Taktik: Kleine Fehler eingestehen und gleichzeitig weiter auf militärische Stärke setzen.

# Der Folterskandal von Abu Ghraib – die USA und die Menschenrechte

*Br. Stefan Federbusch*

Einen „Bärendienst“ erwiesen sich die USA durch ihr Verhalten im Gefängnis von Abu Ghraib. Auf dem Gelände mit einer Größe von 112 Hektar wurden rund 7.000 irakische Gefangene festgehalten. Einem Untersuchungsbericht zufolge waren die Bewacher völlig überforderte Reservisten des 320. Bataillons der 800. Militärpolizeibrigade, die kaum Kenntnisse zur Beaufsichtigung von Gefangenen und von deren Rechten hatten.

Im Mai 2004 verhängte ein Militärgericht gegen den Soldaten Jeremy Sivit eine Haftstrafe von 1 Jahr wegen Beteiligung an einer Verschwörung zur Misshandlung irakischer Gefangener. Er hatte sich schuldig bekannt, die Fotos der nackten und gedemütigten Gefangenen gemacht zu haben, deren Veröffentlichung Ende April 2004 den Folterskandal weltweit bekannt machte.

Im amerikanischen Fort Bragg (North Carolina) begann am 3. August 2004 die Anhörung der US-Soldatin Lynn England vor einem Militärgericht. Sie gilt als Symbolfigur des Misshandlungsskandals im Bagdader Gefängnis von Abu Ghraib. Sie hatte sich feixend vor einer Pyramide nackter irakischer Gefangener fotografieren lassen. Ein anderes Foto zeigt einen Gefangenen an der Leine, wie ein Hund, der als unreines Tier gilt. Wieder ein anderes, wie sie mit Zigarette im Mund und Gewehr im Anschlag auf den Penis entblößter Männer zielt. Ihr dro-

hen bis zu 38 Jahre Haft. Nach Angaben von Häftlingen seien sie wie Tiere geritten und gezwungen worden, aus Toiletten zu essen. Zudem seien sie dazu gebracht worden, Schweinefleisch zu verzehren, was Muslimen strengstens verboten ist, und ihre Religion zu verfluchen.

In Mannheim wurde im August 2004 gegen ihren Freund Korporal Charles Graner verhandelt. Verurteilt wurde er schließlich im Januar 2005 durch ein texanisches Militärgericht in Fort Hood zu zehn Jahren Haft sowie der unehrenhaften Entlassung aus der Armee. Geheimdienstoffiziere gaben in dem Prozess zu, dass sie die US-Wachsoldaten aufgefordert hatten, irakische Gefangene vor Verhören „weich zu klopfen“ und „ihren Willen zu brechen“.

Als Konsequenz des Folterskandals wurde der Kommandeur der US-Truppen im Irak, Generalleutnant Ricardo Sanchez, abgelöst. Er hatte zunächst nur von „Systemproblemen“ in diesem Gefängnis gesprochen. Im Mai 2004 gestand er vor dem Untersuchungsausschuss des Senats, eine Liste mit Verhörmethoden gebilligt zu haben, die u. a. die wochenlange Isolation von Gefangenen vorsieht, Schlafentzug bis zu 72 Stunden, Einschüchterung mit Hunden und „Stresspositionen“ bis zu 45 Minuten.

In den USA haben Verhörexperten Mittel entwickelt, die sie „Folter light“ nennen. Dazu gehören sensorische Deprivation [= Beraubung], Schlafentzug, Drogen, Hitze, Kälte, Nässe und vor allem Angst. Bereits 2002 erklärte Cofer Black, Anti-Terror-Koordinator im Außenministerium bei einer Kongress-Anhörung, nach dem 11. September habe man bei Verhören „die Handschuhe ausgezogen“.

Einem Bericht der US-Streitkräfte zufolge sind für den Folterskandal 27 Mitglieder des US-Militärgeheimdienstes mitverantwortlich. Sie hätten Misshandlungen angeordnet und geduldet. Die Bush-Administration hatte den Kongress gedrängt, einen Gesetzespassus zu streichen, der den Geheimdiensten die unmenschliche Behandlung von mutmaßlichen Terroristen ausdrücklich verbieten sollte.



Die für das Gefängnis zuständige verantwortliche Brigadegenerallin Janice Karpinski wurde vom Dienst suspendiert. Präsident Bush kündigte den Abriss des Gefängnisses Abu Ghraib an, weil es zum „Symbol der Schande“ geworden sei. Ein Rücktritt des verantwortlichen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld erfolgte nicht, obwohl das Ministerium durch Amnesty International und Rotes Kreuz bereits seit Monaten von den Vorwürfen wusste.

### **Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan und im Irak**

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) hatte der US-Armee und dem Geheimdienst massive Menschenrechtsverletzungen bereits in Afghanistan vorgeworfen. Über Monate seien afghanische Häftlinge misshandelt, mit Schlägen traktiert, durch Schlafentzug und Aufenthalt in der Kälte gequält sowie entkleidet fotografiert worden.

Ähnliche Vorwürfe gab es seitens der Organisation im Januar 2005, diesmal gegen die irakischen Sicherheitskräfte. Eine Untersuchung für den Zeitraum von Juli bis Oktober 2004 hatte ergeben, dass zahlreiche Gefangene geschlagen, getreten, an den Gliedmaßen aufgehängt und mit Elektroschocks traktiert worden waren.

Im Irak und in Afghanistan sind 94 Fälle von erwiesenen oder möglichen Gefangenenmisshandlungen durch US-Soldaten registriert worden. Das geht aus einem Bericht hervor, den Heeresinspekteur Paul Mikolashek dem Senat in Washington vorlegte. Darin heißt es zugleich, es handele sich um „Verirrungen“ einzelner Soldaten. Gefangenenmisshandlungen wie im Gefängnis Abu Ghraib im Irak erfolgten nicht „systematisch“ und seien nicht auf eine „fehlerhafte Heeresdoktrin“ zurückzuführen. Mikolashek sagte bei einer Senatsanhörung, die 20 Todesfälle von Gefangenen und 74 weiteren Fälle unter Einschluss von Diebstahl spiegelten das „Versagen“ einzelner Soldaten wider. Bereits

Anfang Mai 2004 hatte die US-Armee eingeräumt, dass seit Ende 2002 in Afghanistan und im Irak 25 Gefangene in US-Haft gestorben seien.

## **Guantanamo**

Unverändert ist die Situation in Guantanamo auf Kuba, wo noch immer Hunderte Gefangene ohne Gerichtsurteil festgehalten werden.

Am 28. Juni 2004 entschied der oberste Gerichtshof in Washington, dass die Gefangenen von Guantanamo Bay ihre Festnahme vor US-Gerichten anfechten könnten. An der unbefristeten Haft ohne Anklage und Prozess rüttelte der Gerichtshof aber nicht. Ein Bundesberufungsgericht in San Francisco urteilte im Dezember 2003, dass die Gefangenen aus über 40 Ländern Zugang zu Rechtsmitteln bekommen müssten. Das Verteidigungsministerium hatte im April 2003 härtere Verhörmethoden bei vermeintlichen Terroristen genehmigt. Zu den 20 Methoden gehören u. a. laute Musik, grelles Licht und veränderte Schlafgewohnheiten, Hitze und Kälte sowie stundenlanges Stehen. Bis April 2004 hatten die USA erst rund 130 der über 700 Häftlinge wieder freigelassen oder an ihre Heimatländer überstellt.

Die Situation in Guantanamo, die ausbleibende Bestrafung der Verantwortlichen im Folterskandal von Abu Ghraib sowie die Berufung von Alberto Gonzales als neuem Justizminister (er steht im Verdacht, Folter als probates Mittel im „Krieg gegen den Terror“ anzusehen) lassen nicht darauf schließen, dass die USA wesentliches in Menschenrechtsfragen dazu gelernt hat.

## **Der internationale Strafgerichtshof**

Die USA weigern sich weiterhin, die Immunität ihrer eigenen Soldaten gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof aufzuheben. Seit 2002 bestand für jeweils ein Jahr eine Sonderregelung, die die USA per Resolution verlängern wollten. Deutschland, Frankreich und Spanien widersetzten sich einer derartigen Resolution, so dass die USA erneut damit drohte, ihre Soldaten aus UNO-Friedensmissionen abzuziehen.

### **Kommentar**

Der Folterskandal hat für das Image der USA fatale Folgen. Der noch weiter gehende Skandal bestand darin, dass es bereits seit Monaten entsprechende Hinweise gab, ohne dass die Verantwortlichen darauf reagierten. Erst die Veröffentlichung der Bilder und das verheerende internationale Echo haben die Politiker zum Handeln gezwungen. Wie so oft bei Skandalen wird zunächst vertuscht und verdrängt, ignoriert und verschleppt. Was dann nicht mehr zu verbergen ist, wird Einzelnen zur Last gelegt. Schnell wurde deutlich, dass die Vorfälle System hatten und ohne Rückendeckung oder Anweisung von oben in dieser Massivität kaum geschehen konnten.

Der Folterskandal wirkt in höchstem Maße kontraproduktiv zu dem, was die Amerikaner eigentlich verkörpern und erreichen wollen: die Welt, die Iraker von einem freiheitlichen System mit rechtsstaatlicher Ordnung zu überzeugen, insbesondere von der Achtung der Menschenrechte.

Für Muslime bedeuten diese Art von Menschenrechtsverletzungen, so der Trierer Bischof und Vorsitzende der Deutschen Kommission *Justitia et Pax* Reinhard Marx, „eine Provokation, wie man sie sich schlimmer gar nicht vorstellen kann.“ Krieg führe „immer wieder zu solcher hemmungsloser Gewalt und zu Erniedrigung, zur Verwüstung in

den Seelen der Opfer und der Täter“. Krieg zeige Folgen, „die nicht mehr kalkulierbar sind“. Deshalb müsse er aus dem Instrumentenkasten der Politik“ herausgenommen werden. Er dürfe nur eine allerletzte Möglichkeit zur Verteidigung sein. Wenn es aber zur Gewaltanwendung komme, müssten die Folgen klar überlegt sein: „Das Übel am Ende muss geringer sein als das Übel vorher.“

### **Nacktheit und Scham**

„Nacktheit und Scham: In allen Kulturen verbinden sich damit tiefste Gefühle menschlicher Würde oder Entwürdigung. Das eigene Gesicht zu verlieren, nackt dazustehen, sich entblößt zu haben oder entblößt worden zu sein – hier steht der Mensch mit allem, was er ist, ausgeliefert da, schutzlos. Der nackte Mensch hat nicht einmal mehr die Möglichkeit, sich zu verstecken. In der Erkenntnis von Gut und Böse geht Adam und Eva ihre eigene Nacktheit auf, die Nacktheit vor Gott. Die in der Folter erzwungene Nacktheit macht die Opfer jedoch nackt vor Menschen, die sich anmaßen, wie Gott zu sein. Hier liegt in der säkularen Entwürdigung noch eine sakrale Gotteslästerung, eine Zerstörung heiligster Gefühle. Die sadistische sexuelle Demütigung erniedrigt den ganzen Menschen, seinen Leib und seine Seele. Dass noch dazu eine Frau das böse Spiel treibt, die Unterwerfung und Vergewaltigung des Mannes zu inszenieren, ist in männlich geprägten Kulturen der Gipfel der Anmaßung, der Perversion – eine Beleidigung Gottes schlechthin.

Nicht nur der Mann als Opfer, auch die Frau als Täterin wurde in jener Szenerie missbraucht. Die Berliner ‚Tageszeitung‘ hat feinsinnig das doppelbödige ‚Spiel‘ durchschaut: ‚Gerade das Männlichkeitsbild von Soldaten speist sich aus der Abwertung alles Weiblichen. Sich von einer Frau oder mit ihrer Unterwäsche demütigen lassen zu müssen (wie es auf anderen Bildern geschieht), heißt, sich von der Unterlegenen quälen zu lassen. Das ist nicht nur die tiefste Demütigung, die muslimische Männer sich ausdenken können. Es ist auch die tiefste Demüti-

gung, die westliche Soldaten sich ausdenken können. Die schwache Frau darf den Gefangenen kastrieren. Und das männliche Militär dokumentiert es. So gelesen wäre Lynndie England ein Instrument des Systems Militär, das sich ihrer bedient, um die größte Demütigung zu erreichen. Nachdem sie diesen Dienst versehen hat, ist die Rolle der Lynndie England vorerst erfüllt ... Jetzt beginnt die zweite, mediale Karriere. Lynndie England wird nun vorgeführt als das Böse schlechthin, die Umkehrung des Saddam Hussein. Der Teufel ist eine Frau. Eine Frau wird als Bild dafür dienen, dass dieser Krieg in die Hose geht...‘.“ (CiG 22/04, S. 180)

### **(Christliche) Ablehnung der Folter**

Am 13. November 866 verfasste Papst Nikolaus I. eine berühmte Antwort an Fürst Bogoris von Bulgarien, der mit seinem Volk den christlichen Glauben angenommen hatte. Dort heißt es, dass gegen jene, die das Christentum ablehnen, keine Gewalt angewendet werden darf. Ein eigener Abschnitt befasst sich mit dem Verhalten gegenüber Kriminellen: „Ihr sagt, dass bei Euch, wenn ein Dieb oder Räuber ergriffen wurde und er geleugnet hat, was ihm zur Last gelegt wird, der Richter seinen Kopf mit Ruten schlage und seine Seiten mit anderen eisernen Stacheln steche, bis er die Wahrheit heraushole; dies lässt weder das göttliche noch das menschliche Gesetz in irgendeiner Weise zu, da ein Geständnis nicht ungewollt, sondern freiwillig sein muss und nicht gewaltsam herauszulocken, sondern willentlich vorzubringen ist; wenn es schließlich geschieht, dass Ihr auch nach Anwendung jener Qualen überhaupt nichts von dem findet, was dem Gefolterten zum Vorwurf gemacht wird, errötet Ihr nicht wenigstens dann und erkennt, wie gottlos Ihr richtet?“

„Was muss noch geschehen, bis die Regierung Bush versteht, dass ihr Feldzug auf der „Achse des Bösen“ sich gegen die Vereinigten Staaten selbst richtet? Dass er (so wie er geplant und ausgeführt wurde) Ver-

rat ist an Epoche machenden amerikanischen Grundwerten wie der Würde des Menschen und seiner Freiheit? Die Anerkennung des Strafgerichtshofes in Den Haag wäre eine Chance, verlorenes Vertrauen zurück zu gewinnen ... Im Übrigen: Wer wird eigentlich für den Kriegstod tausender irakischer Zivilisten zur Verantwortung gezogen? Wer wegen der hunderttausenden, die während der Zeit der Sanktionen gegen den Irak starben? Und wer für die mörderische Aufrüstung des Schlächters Saddam?“, so fragte Uwe Westdörp in der Neuen Osnabrücker Zeitung vom 22. Mai 2004.

# Präventivschläge – Die neue Strategie der USA

*Br. Stefan Federbusch*

Im September 2002 definierte Präsident George W. Bush die neue Sicherheitsstrategie der USA („The National Security Strategy of The United States of America“) mit den drei Hauptzielen:

*Erstens:* Kampf gegen Terroristen und Gewaltherrscher, mitsamt dem Recht der USA, präventive Maßnahmen durchzuführen, die durch ihre militärische Hegemonie möglich sind.

*Zweitens:* gute Beziehungen zu den Großmächten Russland und China (von Europa und der UNO ist nicht die Rede).

*Drittens:* aktive Beseitigung der Ursachen für den Terrorismus, also die Unfreiheit von Völkern, ihrer Unterentwicklung und wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit.

Das entscheidende neue Schlüsselwort heißt „Prävention“. Mit ihm wird die bisher allgemein anerkannte Rechtsauffassung, „wonach Staaten kein Recht haben, Gewalt zur Selbstverteidigung anzuwenden, bevor ein bewaffneter Angriff auf sie tatsächlich stattgefunden hat“, grundlegend in Frage gestellt. In Abkehr vom Völkerrecht wird die Zukunft künftiger Konfliktlösungen in Präventivkriegen gesehen. Bisher

galten die Unmittelbarkeit der Gefahr und die zeitliche Dringlichkeit als die notwendigen Kriterien für eine Lösung mit Gewaltanwendung.

Doch wer will das vor einem Präventivschlag entscheiden? Es steht zu befürchten, dass sich insbesondere die von den USA als „Achse des Bösen“ kategorisierten Länder Nordkorea und Iran noch stärker bedroht fühlen als bisher. Der Anreiz, selbst ABC-Waffen herzustellen, um sich vor den USA zu schützen und mit diesen Waffen drohen zu können, wird eher größer als kleiner.

„Es gilt zu erkennen, inwieweit die neue Art der amerikanischen Wahrnehmung von Gefahr und ihre daraus entstehenden Auswirkungen einen Wandel im bisherigen Verständnis von Form und Unmittelbarkeit der Gefahr für die Sicherheit und den Frieden eines Staates, einer Region und letztlich der Menschheit insgesamt nach sich ziehen werden“ (Heinz Eberhard Maul).

„Kriegsprävention“ statt „Präventionskrieg“ lautete daher das einprägsame Motto der Irak-Kriegsgegner.

Dass Krieg wieder zu einem „normalen“ Mittel der Politik gehören sollte und von der Bush-Administration als eine Art amerikanisches Naturrecht angesehen wurde, konnten und wollten die Europäer im Fall Irak nicht mittragen.

„Wir müssen die Schlacht zum Feind tragen“, so Vize-Außenminister Dick Cheney. Da sich einige der Europäer weigerten, diesen Weg mitzugehen, wurden sie als „altes Europa“ abgestempelt, das versessen ist auf internationale Institutionen und Kompromisse, darüber hinaus aber unfähig, sich zu einen und eine herausragende Rolle in der Weltpolitik zu spielen. Dass darin ein Körnchen Wahrheit steckt, zeigte sich in der Uneinigkeit der Europäer, insbesondere als acht europäische Staaten (Großbritannien, Spanien, Italien, Portugal, Dänemark, Ungarn, Polen und Tschechien) Ende Januar 2003 eine Solidaritätsadresse an die USA schickten, ohne die Kriegsgegner vorher zu informieren.



Genau dieses Europa aber hatte Papst Johannes Paul II. in seiner Neujahrsansprache gelobt, weil es sich „für die Entwicklung und den Aufbau einer Wirklichkeit eingesetzt [hat], die Einheit und Vielfalt, nationale Souveränität und gemeinsames Handeln, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verbinden vermag.“

Afghanistan war die erste Generalprobe der neuen amerikanischen Militärstrategie mit wesentlich mehr zivilen Todesopfern als eingestanden. Der Irak war der Ernstfall. Zunächst schien er zu gelingen, bevor der Krieg nach dem Krieg begann.

Die USA verstehen ihre Politik derzeit als „Liberaler Imperialismus“. Dahinter steht die Überzeugung, dass in einem mörderischen Staat die Ordnung sich langfristig nur durch eine Intervention wieder herstellen lässt, um liberale Werte wie Toleranz, Pluralismus und Demokratie durchzusetzen. Die Amerikaner sehen sich hier in der Tradition des britischen Empire, das im 19. Jahrhundert die Piraterie auf den Weltmeeren bekämpfte und diese so für den internationalen Handel offen hielt.

„Weltpolitik ist Machtpolitik“. Dies lehren uns die Geschichte und auch der Irakkrieg. Die Ausübenden dieser Macht waren und sind die USA. Die Politik der Regierungen Frankreichs, Deutschlands und Russlands hat dieser Maxime (scheinbar) widersprochen und auf die Einhaltung des Völkerrechts gepocht.

Es lässt sich jedoch mit einigem Recht fragen, ob nicht hinter den Entscheidungen der Regierungen Chirac, Schröder und Putin ebenfalls machtpolitische Interessen standen. Beim Treffen der Staats- und Regierungschefs zunächst in St. Petersburg, später dann beim G-8-Gipfel im französischen Erivan zeigte sich, dass alle Beteiligten mit einiger Erleichterung zur Pragmatik des Alltags und zur Routine internationaler Machtpolitik zurückgekehrt sind.

Europa und Amerika haben unterschiedliche Rechtstraditionen. In den USA zählt die Freiheit und Souveränität des Volkes, in Europa die staatliche Souveränität. Europäische Außenpolitik richtet sich immer an Staaten, amerikanische an Völker. Den USA geht es darum, die Freiheitsrechte des irakischen Volkes wieder herzustellen, den Europäern, das neue Regime in internationales Recht einzubinden.

Unter Präsident Clinton kam die amerikanische Sicherheitsstrategie der europäischen Auffassung entgegen: Innerhalb der bestehenden Ordnungen und Rechtsverhältnisse Demokratie und Menschenrechte stärken. Außenpolitik war Friedenspolitik zur Unterstützung der UNO und Verrechtlichung internationaler Beziehungen. Krisenprävention wurde als Beistand für Zivilgesellschaften in brisanten Regionen verstanden.

Das Problem liegt aber u. a. darin, dass es auf internationaler Ebene zu wenig Kontrollinstrumente für Regierungen, Verfassungen und unabhängige Gerichte gibt. Selbst die Verfassung der UNO sieht nur eine Exekutive der vertretenen Staaten vor, nicht aber eine von den Wahlvölkern legitimierte legislative oder judikative Gewalt, die die Regierungen und die Organe der Vereinten Nationen kontrolliert.

Mehr als deutlich wird dies im Handeln des UNO-Sicherheitsrates. Sobald das Völkerrecht einem der hier vertretenen (ständigen) Mitglieder widerspricht, legt es sein Veto ein und blockiert entsprechende Beschlüsse. Darin liegt die Kraftlosigkeit eines solchen Instrumentes. „Erst wenn auch innerhalb der Vereinten Nationen und in anderen internationalen Organisationen die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der demokratischen Kontrolle des Regierungshandelns durchgesetzt sind, können wir erwarten, dass in Zukunft die Weltpolitik nicht mehr alleine nach Prinzipien der Machtpolitik von internationalen Regierungen gestaltet wird“ (Matthias Lutz-Bachmann). Eine Reform der UNO hin zu einem unparteilicheren und objektiveren System wird seit Jahren diskutiert, aber nicht umgesetzt.



Global gesehen müsste in den USA die Einsicht wachsen, dass sich demokratische Werte nicht vorrangig durch Stärke, ökonomische und militärische Gewalt transportieren lassen. Wir brauchen keinen Kreuzzug gegen das Böse, auch keinen umgekehrten Kampf der Kulturen, sondern einen Wettbewerb der Ideen. An die Stelle einer „hard power“ sollte eine „soft power“ (Joseph Nye, früherer stellvertretender Verteidigungsminister der USA) treten, die die Menschen einbezieht, anstatt sie

zu zwingen. Der Kampf gegen den Terror ist nicht mit militärischen Mitteln zu gewinnen! Es geht darum, die Herzen und Köpfe der Menschen zu gewinnen.

„Die Unabhängigkeit der Staaten kann zukünftig nur in der gegenseitigen Abhängigkeit bestehen“, so Papst Johannes Paul II. in seiner Neujahrsansprache 2003 an das Diplomatische Korps.

Afghanistan und Irak – beide Länder verdeutlichen, dass einfach nur Krieg zu führen bei weitem nicht ausreicht. Gefragt ist ein Programm der Nationen-Bildung („Nation-Building“), um Menschen in einem zerrütteten Staatsgebilde wieder zusammenzuführen. Dazu bedarf es der Schaffung oder Stärkung zentraler staatlicher Institutionen wie Armee, Polizeikräfte, Gerichte, Steuerbehörden, Zentralbank, Gesundheits- und Bildungswesen. Dieser Prozess vollzieht sich in zwei Schritten: Zunächst bedarf es der Beseitigung des Unrechtsregimes bei gleichzeitiger humanitärer Hilfeleistung. Hinzu kommen der Wiederaufbau der Infrastruktur und eine ökonomische Soforthilfe. In einer zweiten Phase gilt es, sich selbst tragende politische und ökonomische Strukturen zu installieren, die eine demokratische Regierung und eine wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

In der arabisch-islamischen Welt ist die Hälfte der Bevölkerung jünger als 20 Jahre und dreiviertel sind jünger als 30 Jahre. Gerade den jungen Leuten ist eine wirtschaftliche Perspektive zu schaffen. Alles andere führt zur Radikalisierung.

Ein schwerer Fehler der amerikanischen Regierung war es, dass sie keinen angemessenen Plan für die Zeit nach der Intervention hatte. In Zukunft dürfte es vorrangige Aufgabe aller Nationen, aber insbesondere der Amerikaner sein, eine geeignete Organisationsform für eine funktionierende Nationen-Bildung zu installieren.

# DOKUMENTATION

## Bremer Solidaritätspreis

*Stefan Herbst*

Am Montag, 21. Februar wurde der Bremer Solidaritätspreis an die Koalition gegen die Straflosigkeit in Argentinien und an die Gruppe der Angehörigen der deutschen und deutschstämmigen Verschwundenen der Militärdiktatur in Argentinien verliehen. Der Preis wurde in einem würdigen Rahmen im großen Saal des Bremer Rathauses vom Bremer Bürgermeister und Justizsenator Henning Scherf verliehen.

Der mit 5000 Euro dotierte Preis wurde stellvertretend an Pastor Kuno Hauck und Elsa de Oesterheld verliehen. Den anwesenden Teilnehmer der Koalition gegen Straflosigkeit wurde persönlich und mit Benennung ihrer Institution eine Rose überreicht.

Nach der Preisverleihung vor Presse und ca. 200 geladenen Gästen fand für einen kleineren Kreis von ca. 50 Personen ein Abendessen u.a. mit dem Bremer Bürgermeister statt.

Im Rahmen dieses Abendessens wurde ich aufgefordert für die Missionszentrale der Franziskaner eine kleine Rede zu halten.

Ich habe in dieser Rede darauf hingewiesen, dass die Sache der Befreiung und die Sache der Menschenrechte die Sache Gottes ist. Ich erinnerte daran, dass viele Christen und andere Menschen für ihr Eintreten für Freiheit und Befreiung in Argentinien ihr Leben lassen mussten und erwähnte auch die während der Militärdiktatur ermordeten und verfolgten Franziskaner. Die Amtskirche in Argentinien habe durch ihre

Zusammenarbeit mit der Militärdiktatur schwere Schuld auf sich geladen.

Während der Amtszeit von Papst Johannes Paul II. sei die Befreiung Osteuropas auf Kosten der Opferung des Aufbruchs des Lateinamerikanischen Kontinentes gelungen. In Lateinamerika müsse die Befreiung nachgeholt werden. Lateinamerika habe anders als beispielsweise Deutschland die USA nicht als Befreier von der Nazidiktatur sondern als Hegemonialmacht erlebt. Wir in Deutschland müssten auch auf die nicht aufgearbeitete Unterdrückungsgeschichte der USA schauen.

Spontan kamen nach meiner Rede zwei Personen auf mich zu. Eine Person, Leiter eines katholischen Bildungshauses, beglückwünschte mich dazu, dass ich als Katholik für Bremer Ohren derart ungewohnt offene Worte gefunden hätte. Eine andere Person führte ein längeres Gespräch mit mir über seine Erfahrungen als Ausbilder und Fachingenieur für Grundlagenforschung in Brasilien (Atomprogramm) und mit Kardinal Arns. Mit Horst Goldstein – dem ehemaligen Franziskaner – (der u.a. auch in der Nähe von Bremen einige Jahre lang als Referent gearbeitet hätte) habe ihn eine langjährige Freundschaft verbunden. Obwohl er aus der Kirche ausgetreten sei, lasse einen die Kirche nie richtig los.

# TAUWETTER

... EINE FRANZISKANISCHE ZEITSCHRIFT

## 2000

- 1 SEIN IST DIE ZEIT – ZEITANSAGE, ZEITGENOSSENSCHAFT,  
ZEITVERSTÄNDNIS, ÖKOLOGIE DER ZEIT
- 2 GLOBALISIERUNG – CHANCEN UND GRENZEN AUS  
FRANZISKANISCHER SICHT
- 3 GELD ODER LIEBE? ALTERNATIVE GELDANLAGEN UND DIE  
FRANZISKANISCHE PERSPEKTIVE
- 4 GEFÜHRT VOM GEIST – INTERNATIONALER KONGRESS FÜR  
GERECHTIGKEIT, FRIEDEN UND EHRFURCHT VOR DER SCHÖPFUNG

## 2001

- 1 AUSLÄNDERRECHTE – FRAUENRECHTE – MENSCHENRECHTE
- 2 CHANCEN UND GRENZEN DER GENTECHNIK AM MENSCHEN
- 3 AIDS – UND WIR?
- 4 BETHLEHEM 2001: ENGAGEMENT FÜR GERECHTIGKEIT UND FRIEDEN  
NACH DEM 11. SEPTEMBER 2001

## 2002

- 1 AFGHANISTAN – DAS UNBEKANNTE LAND AM HINDUKUSCH
- 2 AFGHANISTAN – MEHR ALS 2 JAHRZEHNTE KRIEG
- 3 ISRAEL UND PALÄSTINA – EIN LAND UND ZWEI GERECHTIGKEITEN
- 4 EHRFURCHT VOR DER SCHÖPFUNG

## 2003

- 1 KRIEG – NIEDERLAGE DER MENSCHHEIT
- 2 INT. RAT DES FRANZISKANERORDENS FÜR GERECHTIGKEIT  
UND FRIEDEN
- 3 MIT EIGENSINN UND GOTTESGESPÜR: KLARA VON ASSISI
- 4 WASSER ALS LEBENSGUT

## 2004

- 1 MENSCHENWÜRDIG STERBEN
- 2 ZWEI KLASSEN MEDIZIN
- 3 GEWALTFREI
- 4 DER SUDAN – ZWISCHEN MACHTKAMPF UND VÖLKERMORD

*Bestellung alter Tauwetter-Ausgaben (soweit vorrätig) bei:*

REDAKTION TAUWETTER, IMMERMANNSTRASSE 20,  
POSTFACH 240139, 40090 DÜSSELDORF.